

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gezeilte Zeile oder deren Raum für Geisenheim
35 M., auswärtiger Preis 40 M., Reklamezeile 100 M., bei mehrmaliger Aufnahme
Kontant nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 133.

Donnerstag den 11. November 1920.

20. Jahrgang.

Bier Konferenzen.

Erst Brüssel, dann Genf.

Die englisch-französischen Verhandlungen über die deutsche Wiederherstellung sind nun endlich mit einer grundsätzlichen Übereinstimmung zum Abschluß gekommen. Der britische Botschafter in Paris hat Ende letzter Woche eine Note übergeben, in der sich die englische Regierung mit der geplanten Einteilung der Reparationen in der Wiederherstellungsfrage einverstanden erklärt.

Zunächst sollen in Brüssel auf einer Zusammenkunft der alliierten Sachverständigen mit den deutschen Vertretern die technischen Elemente des Problems studiert werden. Die Sachverständigen werden ihren Regierungen über die Verhandlungen Bericht erstatten. Alsdann ist eine Zusammenkunft der alliierten Finanzminister in Genf in Aussicht genommen, die gemeinschaftlich mit dem deutschen Finanzminister die gesamte Wiederherstellungsfrage prüfen und die ersten Entscheidungen treffen wird. Mit diesen Beschlüssen wird sich dann eine Konferenz des Wiederherstellungsausschusses befassen. Schließlich werden die alliierten Ministerpräsidenten zusammentreffen, um die letzten endgültigen Entscheidungen zu treffen. Nach dem „Matin“ werden sich die Entscheidungen dieser letzten Konferenz hauptsächlich auf die Frage der Pfänder und der eventuellen Zwangsmaßnahmen erstrecken.

Schuldensettung erst nach der Abstimmung in Oberschlesien.

Die vier Konferenzen werden nicht allzu rasch aufeinanderfolgen. Frankreich befürwortet selbstverständlich eine möglichst umgehende Festsetzung der Entschädigungssumme. Doch England besteht nach den neuesten Pariser Meldungen darauf, daß die Konferenz von Genf, die nach der Beratung mit dem deutschen Finanzminister den Betrag der deutschen Schuldsumme festzustellen hat, sich erst nach der Volksabstimmung in Oberschlesien vereinigen solle!

Diese entscheidet darüber, ob Oberschlesien bei dem Deutschen Reich bleibt oder polnisch wird, und berührt in empfindlicher Weise die Hilfsquellen des Reiches.

In Frankreich befürchtet man schon wieder eine Schwächung der französischen Entschädigungsansprüche und sucht nach allen möglichen Gegenständen. Die Meinung der englischen Regierung stimmt so wenig, so erklärt das „Petit Journal“, mit dem Vertrag von Versailles überein, der ja vorsieht, daß Oberschlesien polnisch werde. Deutschland werde trotz alledem fortfahren, von dort die für die Industrie notwendigen Kohlenmengen zu beziehen, und die französische Regierung habe deshalb in der Antwort, die Ministerpräsident Georges am Sonnabend dem englischen Botschafter Lord Derby erteilte, verlangt, daß die Genfer Konferenz sich so schnell wie möglich versammeln und ihre Arbeiten vor dem 15. Februar 1921 beenden solle.

Ähnlich äußert sich der „Petit Parisien“, der aber schon wissen will, daß man der englischen Forderung nachgegeben und die Konferenz der alliierten Minister in Genf bis nach der Volksabstimmung in Oberschlesien vertagt habe.

Die Machtmittel zur Revision.

Daß von einer Revision des Friedensvertrages nicht nur die Wiederaufrichtung Deutschlands und die Fähigkeit zur Bezahlung der Kriegsschuldung abhängt, ist Tatsache. Und zu der energischen Forderung, die deshalb wieder im Reichstage laut geworden ist, haben einschlägige Politiker auch in den Entente-Ländern wohl mit dem Kopfe genickt. Sie haben in England einige Male im Parlament darauf hingewiesen, aber ihre kleine Zahl vermochte keinen Achtungserfolg zu erringen. In Paris haben sich die Gleichgesinnten nur in der sozialistischen Presse vernehmen lassen, da andere Zeitungen ihnen ihre Spalten verweigerten. In der Kammer sind Revisionsfreunde nicht vorhanden. So ist denn der letzte deutsche Hinweis auf die Notwendigkeit der Revision natürlich zum Einstehen abgewiesen worden. Da Lloyd George die Franzosen bisher nicht einmal zu dem Geständnis hat bringen können, Deutschland volle Gleichberechtigung auf der bevorstehenden Konferenz in Genf zu gewähren, so wird mit einem Antrage auf Revision des Vertrages von Versailles noch weniger anzufangen sein. Das darf uns natürlich für die Zukunft nicht entmutigen. Wir müssen darauf bauen, daß das, was heute nicht durch Zureden zu erreichen ist, später durch die Macht der Umstände herbeigeführt werden wird.

Wir haben, seitdem wir gänzlich abgerüstet haben, keine Machtmittel zur Verfügung. Wenn es den deutschen Wissenschaft und Technik in nächster Zeit gelingen sollte, eine sensationelle und für die ganze Menschheit wichtige Entdeckung zu machen, dann stellt sich solches Faktum ein wirksames Machtmittel dar. Die Entente würde es sich etwas kosten lassen, in den Besitz dieses neuesten Kulturmittels zu gelangen. Aber solche Möglichkeiten sind ungewiß. Sollen wir ein solches freies, zahlungen und Arbeitsleistungen an die Entente verweigern? Das wäre ein Akt der Verzweiflung, der die Besetzung des Ruhrgebietes und anderes zur Folge haben würde. Wir sind daher auf die Unterstützung durch andere Staaten angewiesen unter denen wir immer wieder auf Großbritannien als erste politische, finanzielle und wirtschaftliche Macht unseres Erdteils schauen müssen, weil schließlich doch nichts ohne seine Zustimmung geschehen kann.

Daß der Regierung in London das chauvinistische Treiben in Paris nicht paßt, sieht ein Vandal, aber ebenso wahr ist es, daß sie der neuen Richtung in Amerika keineswegs mit Gleichmut gegenübersteht. Bis 1918, so lange Wilson gesund war, konnte man in London auf die amerikanische Freundschaft bauen, aber seitdem ist in Washington der Grundfelsen obenauf gekommen, dasjenige Geschäft ist das beste, welches das meiste Geld einbringt. Die Vereinigten Staaten wollen nicht ein Mitläufer im Welthandel sein, sondern eine erstklassige aktive Rolle spielen. Darum das gewaltige Wachstum der nordamerikanischen Handelsflotte. Sie wird für die britische ein viel stärkerer Konkurrent, als es die deutsche war, die für die nächste Zukunft einfallen fast ganz ausscheidet. England hat den größten Vorteil vom Weltkriege gehabt, aber die nordamerikanische Haltung führt dies glänzende Bild bedeutend. In London rechnet man mit der Möglichkeit, Frankreich wegen Amerika noch gebrauchen zu können, deshalb will man es wegen der Revision des Versailler Vertrages nicht vor den Kopf stoßen und die Machtmittel anwenden, die sonst nahe lägen.

Die Amerikaner betrachten uns als Geschäftsobjekt. Deutschland war vor 1914 für sie ein besseres Absatzgebiet als Frankreich, wenn sich auch die Pankees mit ihren Damen lieber in Paris und anderen französischen Badeorten amüsierten, wie in Berlin. Wird in New York die Erkenntnis wachsen, vielleicht ist sie das schon, daß Deutschland mit seinen 60 Millionen Seelen einer „Gründung“ lohnt, dann wird es uns wohl bespringen, gleichviel, ob Frankreich dazu ein schlechtes Gesicht zieht. Daß sich die nordamerikanische Regierung auf einen diplomatischen Feldzug wegen des Versailler Vertrages sofort oder bald einlassen wird, ist nicht wahrscheinlich, wenn auch davon die Rede ist. Ein bedeutender deutsch-amerikanischer Friedensvertrag macht „Versailles“ zum guten Teil von selbst illusorisch. Denn verderben will es die Entente vorläufig mit der nordamerikanischen Union nicht. Der amerikanische Handel beeinflusst die Welt. Da steht auch das Machtmittel, unter welchem sich der französische Eigensinn mit der Zeit auflösen muß, wenn — Amerika von Deutschland die Ueberzeugung gewinnt, daß es ein gutes Geschäft wert ist.

Auf dem Wege zur Vernunft.

Nach den neuesten Meldungen ist der Verzicht auf die Vernichtung und das Bauverbot der Dieselmotoren auf den Einspruch Frankreichs zurückzuführen, das England gegenüber geltend gemacht haben soll, daß durch die aus dem Verbot der Dieselmotoren sich ergebende Schwächung des deutschen Wirtschaftslebens ein Schaden auch für Frankreich herbeigeführt würde.

Wenn diese Meldung den Tatsachen entspricht, so hat man es offensichtlich mit einem ersten Anzeichen zu tun, daß in Frankreich die Vernunft auf die politischen Erwägungen Einfluß zu gewinnen beginnt. Es ist in der Tat selbstverständlich, daß der große Schaden, der der deutschen Industrie erwachsen würde, wenn die tausendtausenden Dieselmotoren von der Bildfläche verschwinden würden, die Zahlungsfähigkeit von Deutschland gegenüber Frankreich ungünstig beeinflussen müßte. Das trifft aber auch auf viele andere Forderungen Frankreichs zu. So insbesondere auf den Wunsch Frankreichs, daß Oberschlesien an Polen fallen müßte; denn gerade in diesem Punkt ist das deutsche Wirtschaftsleben in hohem Grade empfindlich. Wenn im Hintergrunde dieses französischen Wunsches der Gedanke steht, daß Deutschland ja auch nach der Einverleibung Oberschlesiens in Polen die oberste Kohle beziehen könne, so ist das theoretisch allerdings richtig, in der Praxis würde aber selbstverständlich diese Möglichkeit schon deshalb scheitern müssen, weil das deutsche Wirtschaftsleben dadurch in eine Abhängigkeit von Polen geraten würde, die auch das politische Verhältnis zu unserem östlichen Nachbar sehr wesentlich beeinflussen würde. Polen könnte die Erfüllung jeder Forderung von uns durch Verweigerung der oberste Kohle zu erzwingen suchen. Das wäre ein unmöglicher Zustand.

Wenn auch in diesem Punkt wie noch in so vielen anderen in Frankreich die vernünftige Erwägung Platz greifen würde, daß Frankreich sich selbst schadet, indem es Deutschland zu Schaden sucht, so würde für die Zukunft beider Völker viel gewonnen sein.

Die deutsche Viehnot.

Rein Nachgeben Frankreichs in der Ablieferungsfrage. Vor einigen Tagen wurde von Paris die wenig glaubwürdige Meldung verbreitet, Frankreich habe auf die Hälfte seiner Viehforderungen verzichtet, statt 800 000 verlange die französische Regierung nur noch 400 000 Wiedergutmachungen. Dieser Entschluß des Pariser Kabinetts würde in Deutschland sehr beachtet werden.

wenn es wirklich dazu gekommen wäre. Leider ist, wie von amtlicher Seite sofort mitgeteilt wurde, an der Meldung kein wahres Wort. An zuständiger Stelle ist von einer solchen Herabsetzung des französischen Verlangens nichts bekannt.

Frankreich denkt gar nicht daran, in der Vieh-ablieferungsfrage nachzugeben. Die Pariser Regierung läßt durch die Havasagentur erklären, daß keine Herabsetzung der Zahl der von Deutschland angeforderten Milchkuhe erfolgt sei. Frankreich habe sich bei der Festsetzung der äußersten Mäßigung (1) befleißigt. Sobald die Abnahme der 32 000 Stück Vieh, deren sofortige Lieferung der Friedensvertrag vorsehe, erfolgt sei, würden von Frankreich

weitere 510 000 Stück Vieh verlangt

werden. Der deutsche Viehbestand befände sich in einer viel besseren Lage (?) als der französische. Deutschland könne, ohne sein wirtschaftliches Leben in geringerer Weise zu beeinträchtigen, alle Verpflichtungen erfüllen, die in diesem besonderen Falle der Vertrag vorschreibe. Außerdem müsse daran erinnert werden, daß infolge der Besetzung Frankreichs 835 000 Stück Vieh verloren habe. Diese Erklärung geht, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, von Ministerium der befreiten Gebiete aus.

Von ausländischer Seite wird der Behauptung, daß sich der deutsche Viehbestand in einer viel besseren Lage befände als der französische, aufs entschiedenste widersprochen. Die Versorgung Frankreichs mit Milch ist hinreichend, während sich Deutschland in einer geradezu furchtbaren Notlage bezüglich der Milchversorgung befindet. Die Forderung auf Ablieferung der Milchkuhe in der angegebenen Höhe würde die Katastrophe des deutschen Kinderelends vollenden. Die Behauptung, daß Frankreich während der Besetzung 835 000 Stück Vieh verloren habe, ist nicht richtig, da der ganze Kinderbestand in den feindlich besetzten französischen Gebieten nur 393 113 Stück betragen hat und die Requisitionen sich nur auf Teile des Viehbestandes erstreckt haben. Sollten die Alliierten aber wirklich in der Lage sein, einen Nachweis über die Höhe des ihnen weggenommenen Viehs zu erbringen, so wäre es doch viel richtiger, die Viehbestände aus den befreiten Gegenden der Welt zu entnehmen, als sie aus dem bis aufs Äußerste erschöpften deutschen Volke herauspressen zu wollen.

Wird England der Vieherpressung zustimmen?

In England hat man zweifellos besseres Verständnis für die Notlage Deutschlands als in dem hartnäckigen Frankreich. Selbst die Regierung mußte im Unterhaus anerkennen, daß zurzeit 500 000 deutsche Kinder durch amerikanische Missionen versorgt werden müssen und daß infolge großer Abschlächtungen und Futtermangels ein überaus großer Mangel an Nahrung besteht. Auf die Frage, ob die von Frankreich und Belgien verlangten Milchkuhe nicht aus den exportierenden Ländern beschafft werden könnten, gab der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Darnsworth, bezeichnenderweise keine Antwort.

In Italien haben die Viehforderungen Frankreichs großes Aufsehen erregt. Die Regierungspresse nimmt sehr heftig Stellung gegen dieses Ansinnen und erklärt, daß die italienische Regierung mit der zwangsweisen Ablieferung von 800 000 Milchkuhen niemals einverstanden sein könne. Die sozialistische Presse stellt das Verlangen Frankreichs unerbittlich als abschließliche Schwächung der deutschen Volkskraft dar.

Was wird nun geschehen?

Werden die Alliierten Frankreich von seiner hartnäckigen Haltung befehlen können? Nach dem Versailler Friedensvertrag, in dem keine Zahlen angegeben sind, sollen die alliierten und assoziierten Mächte durch den Wiedergutmachungsausschuß ihre Forderungen an Milchkuhen einreichen, wobei dieser über den inneren Bedürfnissen Deutschlands so weit Rechnung tragen soll, wie es zur Aufrechterhaltung des sozialen, wirtschaftlichen Lebens Deutschlands notwendig ist. Daß die bisher vorliegenden französischen Forderungen die deutsche Leistungsfähigkeit weit überfordern und daß ihre Erfüllung geradezu verheerende Wirkungen für Deutschland haben müßten, das wird auch im Wiedergutmachungsausschuß voll anerkannt werden müssen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 8. November 1920.

— Durch die jüngsten Gemeinderatswahlen in Jena, in der die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder neu gewählt wurde, ist die bisherige sozialdemokratische Mehrheit gestürzt worden.

— Die Dieselmotoren gerettet! Aus Paris wird gemeldet: Die Botschafterkonferenz hat auf französische Forderung hin beschlossen, die Vernichtung der Dieselmotoren nicht zu verlangen. — Das „Journal“ erklärt ausdrücklich, nicht Frankreich sei es, das die Vernichtung der Dieselmotoren gefordert oder diese Forderung auch nur unterstützt habe, sondern Eng-

land allein habe dieses Ansehen gestellt und energisch darauf bestanden. Die französische Regierung habe sich unbedingt geweigert, die englische Ansicht zu unterstützen und habe es erreicht, daß ihre Ansicht durchgedrungen sei. Infolgedessen brauchten die deutschen Dieselmotoren nicht zerstört zu werden. Es könne gar nichts schaden, sagt das Blatt, wenn man drüber über dem Rhein wisse, daß die deutsche Industrie es Frankreich zu verdanken habe, daß diese Forderung zurückgezogen worden sei, deren Durchführung eine schwere Schädigung nicht nur der deutschen, sondern auch der französischen Industrie bedeutet hätte. — Es war vorzuziehen, daß die Pariser Presse aus dem gleichzeitigen Zusammenfallen der deutschen und französischen Interessen in der Dieselmotorenfrage Kapital zu schlagen versuchen würde. Ein merkwürdiges Verhalten ist es aber, von Deutschland besonderen Dank dafür zu erwarten, daß Frankreich uns zufällig einmal aus purer Selbstsucht einen Gefallen erwiesen hat.

Die Reichstagsabstimmung für die besetzten Rheinlande hat sehr stark unter dem mangelnden Interesse der Abgeordneten gelitten. Ein großer Teil unserer Volksboten hatte es für besser befunden, schon am Sonnabend vormittag die Heimreise anzutreten. Vor leerem Hause sprachen die Begründer der Interpellation, die Minister und die übrigen Redner. Daß die Abstimmung unter diesen Umständen jeden Eindruck im Rheinlande und im Auslande völlig verfehlen wird, ist anders kaum zu erwarten. — Wenig Interesse wurde auch der dritten Interpellation des Tages, der der Deutschnationalen über die Kartoffelversorgung, entgegengebracht. Auf die eingehende Begründung durch den Abg. Schimmelpfennig (Dnail.) erwiderte der Reichsernährungsminister Dr. Hermes, daß die Verzögerung in der Abnahme der auf Lieferungsverträge abgeschlossenen Kartoffeln auf den frühzeitigen Eintritt des Frostes zurückzuführen sei. Hätten die Städte allerdings die Kartoffeln regulär abgenommen, wären uns viele Unruhen beim Übergang der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft erspart geblieben. Die Ernte ist gut ausgefallen. Der Heftarertrag ist von 110 auf 125 Doppelzentner gestiegen. Zudem ist die Ernte schon vielfach unter Dach und Fach, unter Frost hat sie daher weniger gelitten. Zu Befürchtungen liegt somit kein Anlaß vor. Auch hinsichtlich der Preisbildung ist das der Fall. Die Regierung bereitet ein Gesetz gegen Wucherer und Schieber vor und erwartet im übrigen, daß die Landwirtschaft selbst die Elemente im Zaum hält, die die Zeit für ein Schrauben des Preises für gekommen erachteten. — Am Donnerstag, 18. November, soll die Sozialisierungsinterpellation der S. P. D. beantwortet werden.

Die Altersgrenze der preussischen Beamten. Der Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung stimmt einem Gesetzentwurf auf Einführung einer Altersgrenze zu, nach dem vom 1. April 1921 ab die Beamten nach Vollendung des 65. Lebensjahres zwangsweise in den Ruhestand versetzt werden sollen. Für die richterlichen Beamten und die wissenschaftlichen Lehrer an den Hochschulen wurde die Altersgrenze auf 68 Jahre festgesetzt. — Der Hauptausschuß stimmt ferner einem Gesetzentwurf zu, wonach die Dienstzeit, die die Beamten und Volksschullehrer während der Kriegszeit im Heimdienst abgeleistet haben, eineinhalb auf das Pensionsalter angerechnet werden soll.

Wahlvorbereitungen in Preußen. Im Wahlrechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung wurde beschlossen, den nächsten Neuwahlen in Preußen die Wahlkreiseinteilung nach dem Reichswahlgesetz zugrunde zu legen. Die Verbandswahlkreise sollen vermindert und vergrößert werden, damit möglichst wenig Abgeordnete auf die Landesliste entfallen und viel im Lande gewählt werden. Die durchschnittliche Stimmenzahl, auf die ein Mandat entfallen soll, wurde von 30 000 nach der Regierungsvorlage auf 40 000 herabgesetzt.

Der Vergleich mit den Hohenzollern wurde in der letzten Sitzung des Reichsausschusses der Preussischen Landesversammlung nochmals eingehend erörtert. Ein Regierungsvorsteher teilte u. a. mit, die Verpflichtungen des Staates aus dem Vergleich würden schätzungsweise 12 Millionen Mark jährlich für die Erhaltung der Bauten, 16 bis 18 Millionen Zuschüsse für ehemals königliche Theater, 13 Millionen für Pensionen und Wartegeld der Hofbeamten betragen. Insgesamt werde der Staat aus dem Vergleich eine Belastung von 46 bis 48 Millionen Mark jährlich zu tragen haben. Hierauf erwiderte Professor Dr. Schilling sein Gutachten. Er verneinte, daß die Hohenzollern einen privaten Rechtsanspruch auf die Kroninsolvenzkommission hätten. Sie müßten nur gemäß Par. 75 des Allgemeinen Landrechts als Entschädigung so viel erhalten, wie für ein deponiertes Fürstentum nötig sei, um entsprechend seiner Stellung als deponiertes Haus zu leben. Dieser Anspruch sei unabhängig von dem sonstigen Vermögen des Fürstentums. — Zu einem Beschluß ist der Ausschuß noch nicht gekommen.

Die Verhandlungen über das Reichsstaatsbankrott. Vom Ministerium des Innern wird mitgeteilt: Die von mehreren rechtsstehenden Blättern gebrachte Mitteilung, daß die Reichsregierung kurzzeitig über den Entwurf des Gesetzes über Bankrott, weltliche und Gemeinschaftsschulen mit katholischen Kreisen eifrig verhandelt, dagegen die evangelischen Kreise vernachlässigt, ist durchaus unzutreffend. Ueber den Entwurf wird kurzzeitig nur mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder verhandelt.

Herabsetzung der Militärdienstzeit in Frankreich. Die „Basler Nationalzeitung“ meldet aus Paris: Das Kabinett hat sich in der Frage der Dienstzeit geeinigt. Sämtliche Minister wünschen den achtzehnmönatigen Militärdienst, sobald es die Umstände erlauben. Gegenwärtig ist es allerdings noch nicht möglich, auf den zweijährigen Militärdienst zu verzichten. Am 15. November wird ein Gesetzentwurf bei der Kammer eingereicht werden, der die Dauer des Militärdienstes etappenweise von drei auf zwei Jahre herabsetzt, was zwei Jahre dauern wird. Zu diesem Zeitpunkt wird man zur achtzehnmönatigen Dienstzeit übergehen, wenn alles normal verläuft.

Hebung der Produktion in England. Das Bestreben der großen englischen Parteien, durch eine weitgehende Eingliederung der Arbeiter als mitbestimmender Faktoren im Produktionsprozeß den Wirtschaftsfrieden und die nationale Produktion zu sichern, verdichtet sich jetzt zu dem von mehreren ab-

gen Zeitungen gemachten Vorwärt, der schon möglichsten großen englischen Wirtschaftslongreß einberufen, dem die Aufgabe zuzufallen soll, die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit in der Produktion zu regeln. Die führenden Industriellen, der Parlamentarismus der Gewerkschaften, zahlreiche Gewerkschaftsführer außerhalb des Parlamentes, die Bürgermeister zahlreicher Städte und die meisten Vorstehenden der großen Handelskammern haben ihr Einverständnis erklärt. Die Arbeiterführer wie auch die Vertreter des Unternehmertums bezeichnen den soeben beigelagten Kohlenarbeiterstreik „als bedauerlichen Irrtum, der sich nicht wiederholen darf“.

Die Türkei will nicht unterzeichnen. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Pforte hat in ihrer Antwort auf das Verlangen der Mächte, den Friedensvertrag zu ratifizieren, erklärt, daß der Vertrag nicht geeignet sei, die Ratifikation vorzunehmen. — Die türkischen Nationalisten haben Kars in Armenien genommen. Armenien hat Moskau dringend ersucht, die Feindseligkeiten einzustellen, um die Zusammenziehung armenischer Truppen gegen die Türken zu ermöglichen.

Sozialisierung des Bergbaues. In der vorigen Woche fanden in Essen zwischen dem von dem Reichswirtschaftsrat eingesetzten Unterausschuß für die Sozialisierung des Bergbaues und den Vertretern des Bergbaues, unter denen sich neben den Unternehmern auch Bergarbeiter befanden, Verhandlungen statt. Das Ergebnis dieser Beratungen wird am Mittwoch in einer gemeinsamen Sitzung des Reichswirtschaftsrates und des Reichskohlenrates mitgeteilt werden. Wie der „Berliner Volksstimme“ aus bester Quelle erfahren haben will, ist die Sozialisierungsfrage der Lösung um ein großes Stück näher gerückt. Das Blatt vermag jedoch nicht anzugeben, in welcher Richtung sich diese Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bewegte, da die bisherigen Verhandlungen als streng vertraulich galten.

Vereinigung der Kommunisten Oberschlesiens. Am Montag ist in Beuthen die Vereinigung der A. C. P. und der deutschen und polnischen Kommunisten zu einer kommunistischen Partei Oberschlesiens vollzogen worden. Ein sofort gewähltes Exekutiv-Komitee hat den Auftrag, sich sofort mit der Zentralfeste in Berlin und Warschau in Verbindung zu setzen und dann den Anschluß an die dritte Internationale zu vollziehen.

Wiedereinführung der Fleischzwangswirtschaft. Nach einer der Düsseldorfser Stadtverwaltung zugegangenen Mitteilung, hat nach Aufhebung der Fleischrationierung eine derartige Massenflucht von Vieh aller Art eingesetzt, daß die deutschen Viehbestände abgedrungen haben. Infolgedessen wird neuerdings innerhalb der Regierung die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung für Fleisch erwogen.

Rundschau im Auslande.

Die in Wien bisher zurückgehaltenen drei Münchener Flugzeuge haben ihre Rückfahrt nach München angetreten, nachdem von der Berliner Entente-Kommission die Erlaubnis hierzu in Wien angenommen war.

Die Wiener Reparationskommission besteht auf der Forderung sämtlichen österreichischen Flugmaterials. Es wurde bereits mit dem Abbruch des Flugzeugmaterials begonnen.

Der ehemalige holländische Ministerpräsident Dr. Kuyper ist im Alter von 83 Jahren in Haag gestorben. Er war einer der treuesten Freunde deutschen Wesens.

Die französische Kammer hat einen Kredit von 300 000 Franken für die Festschließung anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Republik am 11. November und für die Beilegung der Leberreste eines unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen bewilligt.

Bei einer Freundschaftsdelegation über den Sieg der Konstitutionellen kam es in Florenz zu einem Zusammenstoß zwischen den Manifestanten und einigen sozialistischen Gruppen; es sind zwei Tote und einige Verletzte zu beklagen.

Tanzig: Die Proklamation der „Freistadt Tanzig“.

Der Oberkommissar hat ein Telegramm von der Votationskonferenz erhalten, wodurch mitgeteilt wird, daß die Verfassung der freien Stadt und des Gebietes von Tanzig am 15. November in Kraft treten wird, und daß die gegenwärtige alliierte Verwaltung bestehen bleibt, bis weitere Instruktionen von der Votationskonferenz eintreffen. Gleichzeitig ist er von der Votationskonferenz ersucht worden, alle Beteiligten aufzufordern, von irgend welchen Übermächtigkeiten oder herausfordernden Kundgebungen aus diesem Anlaß Abstand zu nehmen. Der Oberkommissar hat daher bestimmt, daß die verfassunggebende Versammlung für den 15. November zusammenberufen werde zur Verhängung der freien Stadt.

Kriegensland: Der Streit um das Erbe des Königs.

Die Regelung der Erbchaftsfrage des verstorbenen Königs Alexander scheint, abgesehen von dem Erbe des Thrones selbst, zu unerwünschten Entwicklungen zu führen. Am Sonntag hat der gesetzliche Vertreter von Frau Manos, der morganatischen Gattin des verstorbenen Königs, das Recht erlangt, die an den königlichen Gemächern angebrachten Siegel wieder zu entfernen, da Madame Manos die legale Erbin des verstorbenen Königs infolge ihrer Heirat und auch wegen ihrer demnach zu erwartenden Mutterchaft sei. Der Advokat Konstantin Einpruch erhebt hierzu namens des Erbprinzen Konstantin Einpruch erhebt mit der Begründung, die Ehe des verstorbenen Königs mit Frau Manos sei ungültig. Diese könne keine Ansprüche auf die Erbchaft erheben, über die lediglich der Vater und der Bruder zu bestimmen hätten.

Locales und Provinzielles.

Geisenheim, 11. Nov. Die nächste Mütterberatungsstunde in Geisenheim findet am Donnerstag den 18. ds. Mts., nachm. um 3 Uhr, in der Kinderschule statt.

Geisenheim, 11. Nov. Der Philharmonische Verein „Rheingau“ hält sein erstes Konzert dieser Saison am Samstag den 20. November 1920 im Hotel „Germania“ zu Geisenheim abends 7 Uhr ab und besteht das Programm aus vollständig neu einstudierten Konzertsätzen. Die Vortragssolisten sind in den bekannten Verkaufsstellen ersichtlich. Ein Vortragabend ist im Dezember geplant und für Januar eine Beethovenfeier, wofür die passiven Mitglieder auch jedes Mal freien Eintritt genießen.

Geisenheim, 11. Nov. Am Buß- und Betttag Mittwoch den 17. November, veranstaltet das Gewerkschafts-Orchester im Saale des „Deutschen Hauses“ eine Theateraufführung, wozu die Direktion Haas-Gräf ge-

wonnen worden ist. Zur Aufführung gelangt Schönbach's „Kindertragedie“, ein ernstes Bühnenstück, das dem Tage entsprechend jedenfalls gut besucht sein wird. Die Vorstellung findet nachmittags 3 1/2 Uhr statt.

Äußerungslegung der Silbermünzen. Der Reichsfinanzminister erinnert nochmals daran, daß die deutschen Silbermünzen nur bis zum 1. Januar 1921 bei den Reichs- und Landesbanken in Zahlung genommen werden. 1/2-Mark-Stücke, 1-, 2- und 5-Mark-Stücke, sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke gelten bereits seit Mitte April nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel, trotzdem werden sie noch bei den Reichs- und Landesbanken bis zum 1. Januar in Zahlung genommen oder gegen deutsche Banknoten umgetauscht.

Wer durch Weihnachtsarbeiten seinen Lieben eine Überraschung bereiten will, tut gut, sie bei Zeiten in Angriff zu nehmen, besonders, wenn sie nach auswärts versandt werden sollen. Wir wissen vom Vorjahre, wie große Verkehrsbehindernisse sich einstellten. Und die Handwerker, welche die Weihnachtsarbeiten fertig zu stellen haben, sind auch in der Hergabe ihrer Rohmaterialien beschränkt.

Martinstag. In den Jahren vor 1914 war der Versuch gemacht worden, die alten Bräuche des Martinstages, den Mummenzug und die Umzüge, in veredelter und moderner Form wiederzugeben, und manche Erfolge waren damit erzielt. Denn der heilige Martin war in ganz Deutschland, wenn er auch von Geburt ein Ungar und Bischof von Toul in Frankreich war, immer ein volkstümlicher Mann gewesen. Sein Gemüt stand dem deutschen Wesen nahe. Am nächsten kam uns sein Tag durch die gebratene Martinsgans. Die ist unvergessen, wenn auch manche Bratpfanne umsonst auf sie wartet. Der Wundermann Martin erhört vielleicht auch die stillen Bitten der deutschen Hausfrauen.

Retropfanzahlung und Kriegaanleihe. Umtausch wird mitgeteilt: In der Presse tauchen immer wieder Mitteilungen des Inhalts auf, daß die Frist, binnen welcher selbstgezeichnete Kriegaanleihe zum Vorkurs auf das Reichsnotopfer in Zahlung gegeben werden kann, über den 31. Dezember hinaus verlängert werde, oder schon verlängert worden sei. Es kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß alle diese Nachrichten falsch sind und daß keinesfalls beabsichtigt ist, eine allgemeine Verlängerung der Frist einzutreten zu lassen. Die Abgabepflichten werden deshalb, wenn sie des Vorteils der Anzahlungsgabe von Kriegaanleihe zum Vorkurs nicht verlustig gehen wollen, gut daran tun, sich durch solche Meinungen nicht irre machen zu lassen, sondern alsbald ihre Maßnahmen zur Eingabe der Kriegaanleihe zu treffen. Beschleunigung ist umso mehr erforderlich, als Gefahr besteht, daß die Banken gegen Ende des Jahres bei dem zu erwartenden großen Andrang des Publikums nicht mehr imstande sind, die erforderlichen Bewilligungen der Selbstzeichnung rechtzeitig auszustellen. Für den Abgabepflichtigen sollte es, auch wenn er einen Steuerbescheid nicht in Händen hat, keine zu schwere Aufgabe sein, den ungefähren Betrag seiner Abgabe sich selbst auszurechnen und danach sich mit der Zahlung durch Kriegaanleihe einzurichten. Erforderlichenfalls kann er bei dem Finanzamt den voranschätzlichen Betrag der Steuer in ungefährer Höhe erfahren. Zinszahlungen werden in Kriegaanleihe zurückgezahlt und, wenn sie mehr als 300 M. betragen, mit 5 Proz. verzinst.

Eine Ermäßigung der Zündholzpreise ist für die nächste Zeit geplant, und zwar werden die Zündholzpreise derart ermäßigt, daß der Verbraucher für das Paket zu zehn Schachteln fortan 2,50 Mark statt wie bisher 3,50 Mark zu zahlen hat. Da indessen noch größere Mengen von zu teuren Preisen eingekauften Zündhölzern im Einzelhandel vorhanden sind, können diese ermäßigten Preise erst vom 1. Dezember ab in Kraft treten. Die neuen Preise für den Großhandel von 1920 Mark für die Kiste zu 1000 Paketen zu zehn Schachteln und die neuen Einkaufspreise des Kleinhandels von 2100 Mark für die Kiste zu 1000 Paketen zu zehn Schachteln gelten bereits ab 1. November 1920.

Niedesheim, 11. Nov. Die Turngemeinde Niedesheim hält nächsten Sonntag das Abturnen in ihrer Halle. Der rührige Verein verfügt über eine stattliche Anzahl recht guter Kräfte, sodaß man genügende Vorstellungen auf allen Gebieten der sachgemäßen Körperpflege erwarten darf. Des Nachmittags findet, beginnend mit Frei- und Ordnungsübungen geregeltes Turnen der Jünglinge, der aktiven Turner und der Turnerinnen in allen Geräten statt; Abends ist Familienunterhaltung mit Tanz.

Tattenheim, 8. Nov. Die Mobiliargegenstände des aufgelösten milit. Genscheims im ehem. Kloster Eberbach kommen am 30. November zur Versteigerung. Es befinden sich darunter: 39 Oefen, 40 Chaiselongues, 49 Küchentische, 104 Schränke, 50 elektrische Lampen, sonstige Möbel usw. Die Versteigerung ist angelegt von den Services Francaises des Requisition, Wiesbaden.

Eltsville, 10. Nov. Am 8. November ist unser Stadtpfarrer Schilo im Alter von 73 Jahren gestorben. R. i. p.

Aus dem Rheingau, 8. Nov. Die diesjährige Weinernte offenbart von Tag zu Tag neue höchst angenehme Überraschungen. Uebertraf schon die Quantität überall weit die anfangs gehegten Erwartungen, so gilt dies jetzt in noch höherem Grade von der Qualität. Alle erfahrenen Weinkenner sind erstaunt über die neuesten in dieser Hinsicht gemachten Feststellungen. In den meisten Fällen reicht die Dachslewa bei weitem nicht mehr aus, die enorm hohen Mostgewichte festzustellen. Den höchsten, jemals erlebten Rekord erzielte die preussische Domäne im Rheingau bei der Weinlese mit 280 Grad Mostgewicht.

Frankfurt a. M. — Viehmarkt. Es waren aufgetrieben: 230 Ochsen, 53 Bullen, 551 Kühe, 127 Kälber, 325 Schafe und 646 Schweine, etwa 100 Stück bayrisches Großvieh konnten wegen Seuchenverdachts nicht zum Markte zugelassen werden. Bezahlt wurden für Hornvieh 6—8,50 M.; minderwertige Ware wurde sogar schon mit 4,50 M. gehandelt. Kälber galten bis zu 12 M., Schafe 6,50—8,00 M., kleine Schweine 10—12 M., mittlere 13—15 M. und beste 15—17 M.

Frankfurt a. M. — Verlustpolitik des Frankfurter Lebensmittelamtes. Nach den „Frankf. Nachr.“ hat das städtische Lebensmittelamt vor einigen Tagen eine Abrechnung für seinen Status und eine Bilanz geliefert, die ein

Defizit von 39 Millionen Mark aufweist. Diese gewaltigen Verluste sind nicht auf allgemeine Kosspieligkeit und Verschwendung zurückzuführen. Sie sind dadurch entstanden, daß im Februar d. J., zurzeit des Tiefstandes der deutschen Valuta der Magistrat in der Schweiz große Lebensmittelvorräte kaufen ließ, die dann später zum Teil weit unter dem schweizer Einkaufspreis in großen Posten wieder verkauft wurden; so betrugen die Verluste an Reis 21 Millionen Mark, an Hülsenfrüchten 8 230 000 Mark und an Julienne 6 200 000 Mark.

*** Bingen, 9. Nov.** (Beschlagnahme der Kartoffeln). Nach einer Mitteilung aus Mainz wurde in Hessen die Beschlagnahme der in der Hand der Landwirte befindlichen Kartoffeln bis zum 16. d. Mts. verfügt, die in Wirklichkeit tritt, wenn nicht freiwillig 20 Zentner für den Morgen abgeliefert werden (10 Zentner zum Preis von 20 Mk. und 10 Zentner zum Preis von 25 Mk.). Für die beschlagnahmten Kartoffeln wird nichts vergütet.

Aus Stadt und Land.

*** Herzog Ludwig von Bayern.** Der Herzog Ludwig von Bayern, Senior des bayerischen Königs, ist im Alter von nahezu 90 Jahren infolge Lungenentzündung verstorben. Der Verbliebene erreichte sich insbesondere in früheren Jahren als bekannter Reitergeneral und Theaterfreund großer Popularität. Er war zweimal mit Künstlerinnen verheiratet. Herzog Ludwig war ein Bruder der ermordeten Kaiserin Elisabeth von Österreich und des bekannten Augenarztes Herzog Karl Theodor.

*** Die Wucherbekämpfung in Ostpreußen.** Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen richtet an den Generalsstaatsanwalt eine Mitteilung, worin unter Hinweis auf die sich häufenden Klagen über wucherische Ausbeutung der Bevölkerung ersucht wird, die Staatsanwaltschaften des Bezirks zu raschem, scharfem Eingreifen gegen den Preiswucher anzuhalten.

*** Fahmlegung des Binnenschiffsverkehrs.** Infolge des niedrigen Wasserstandes stockt zurzeit der Schiffsverkehr von Hamburg nach den Binnenplätzen der Oderelbe; es häufen sich die zur Abfahrt bereitliegenden Dampfer. Der Schiffsverkehr an der Unterelbe ist zurzeit fast völlig eingestellt, da die Nebenflüsse fast trocken liegen. Der amerikanische Dampfer „Welschmann“ ist auf Grund geraten, ein anderer hat eine Ladung in Leichter löschen müssen. Auf der Oderelbe und ihren Nebenflüssen treibt bereits starkes Eis.

*** Eine Sammlung des Notgeldes.** Ist laut „Berliner Lokalanzeiger“ in Vorbereitung. Alle Ausgaben des Deutschen Reiches sind seitens des Magistrats in Melle in Hannover, der das Unternehmen für den Reichsstadtebund führt, erfasst worden, sämtliches Notgeld, und zwar Papier- und Hartgeld, zur Verfügung zu stellen. Die kunsthistorische Notgeldsammlung wird in Buchform veröffentlicht, das Buch soll in den Handel gebracht werden.

*** Ausbleiben der Fischzufuhren.** Während bisher am Hamburger-Altonaer Fischmarkt reiche Fischzufuhren angeliefert wurden, ist die Anlieferung seit etwa acht Tagen ganz bedeutend zurückgegangen. Das an der Nordsee seit Tagen wütende schwere Unwetter nährt die Hochseefischer zur Vorsicht, viele Dampfer ehren nicht aus, andere liegen wieder einmal wegen Wolkemangel still. Die einkommenden Schiffe bringen nur geringe Fänge mit, darunter — junge Haifische, die für zwei Mark das Fund verkauft werden. Sie schmecken nicht übel! Die erwarteten Heringe wurden nicht angetroffen. Die Fischpreise steigen. Wenn nicht in Umschlag des Batters auf See eintritt, kann vorläufig keine Versorgung des Binnenlandes mit frischen Seeischnen mehr erfolgen.

*** Eine neue Grippewelle.** Mit Beunruhigung verfolgt man in verschiedenen europäischen Staaten das Ausbreiten und Wüthen einer Grippeepidemie, die diesmal allem Anschein nach von Südafrika herkommt. Bereits sind weite Strecken der englischen Inseln von ihr betroffen. Wie die Blätter zu berichten pflegen, hat die Grippe bei ihrem Auftreten in London in der letzten Woche nach amtlichen Angaben allein 100 Personen auf das Krankenlager geworfen. Wie die Londoner Blätter erfahren, ist die Grippe bereits auch in Frankreich da und dort aufgetreten.

*** Wiedererscheinung des drahtlosen Wetterberichts.** Die Radiotelegraphische Station des Wetterbundes sandte am Montag vormittag 11,30 Uhr zum ersten Male den Wetterbericht der meteorologischen Zentralstelle aus. Die Ausgabe dieser Wetterberichte, die vor dem Kriege täglich erfolgte, wurde am 2. August 1914 eingestellt, um nicht die Feinde Frankreichs über die atmosphärischen Verhältnisse der Erde zu unterrichten. Der erste drahtlose Wetterbericht wurde von 14 europäischen Staaten aufgenommen. Er soll künftig täglich um 11,30 Uhr ausgegeben werden.

*** Die Millionenziehungen im Westen.** Trotz der härtesten Ueberwachung der Westgrenze gelingt es den Schiebern immer noch, Schleichhandelswaren im Werte von vielen Millionen über die Grenze zu schmuggeln. Insbesondere wird die angestrenzte Tätigkeit der Zoll- und Wucherbekämpfung betrauten Behörden im Grunde oftmals von Erfolg gekrönt. Die Zweigstelle des Bundespolizeiamtes allein hat für 7 1/2 Millionen Mark Waren in den Monaten Juli und August abgehalten. Neben ganzen Waggons voll Schmuggelwaren, Spirituosen, Metallen usw. finden sich auch Schmuggelware, Kleid, Schuhwaren, Koloschalen, ja selbst vollständige amerikanische Autos, die der Versteigerung anheimfallen sollten. An Nothabak wurde im Monat Juli für 692 120 M. sichergestellt, an Tabak und Fertigfabrikaten in zwei Monaten für 229 390 M., an Spirituosen in demselben Zeitraum für 1 654 770 M., an Metallen für 345 000 M., an Rohstoffen und Korntinchen für 858 400 M. Die Zuckerkonsumtion scheint sich auch in der Gilde der Schleichhändler abzuheben. Zucker wird nur für 1915 M. aufgeführt.

*** Ein reiches Findelkind.** In einem Gehöf bei Burg i. Dithm. fanden zwei Krankenschwestern einer Kinderwagen, worin sich ein kleines Kind befand. Die Kinderwache für die Dauer eines Jahres, sowie ein Geldbetrag in Höhe von 10 000 Mark wurden beim Kind im Wagen gefunden.

*** Beendigung des oberirdischen Elektrizitätsverkehrs.** Der Streik in den oberirdischen Elektrizitätswerken ist Montagabend abgebrochen worden, nachdem eine Betriebsversammlung aus ganz Oberschlesien sich mit der Angelegenheit befaßt hatte. Die Versammlung mißbilligte die Form des Streiks, stellte sich jedoch auf die Seite der Forderungen der Arbeiter und garantierte Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband unter der Bedingung, daß die Kraftwerke die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Dieser Bedingung wurde stattgegeben und damit die Möglichkeit geschaffen, daß morgen die Verhandlungen mit den Arbeitgebern beginnen können. Die Lage in dem Eisenbahnerstreik bleibt weiterhin gespannt.

*** Ein Millionenbeträger entflohen.** Aus Götting wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet: Gegen den seit dem Frühjahr dieses Jahres in der Lüdertischen Villa wohnhaften, durch seine großen Häuser- und Gärterkauf bekannt Dr. Kornfeld ist von der Staatsanwaltschaft wegen Betrugs Haftbefehl erlassen worden. Die betrügerischen Manipulationen Dr. Kornfelds, der sich zurzeit auf der Flucht befindet, belaufen sich schätzungsweise auf 7—10 Millionen Mark. Kornfeld verfuhr für einen Grafen Sternberg oder einen österreichischen Erzherzog aus, führte in Götting wie auch in Berlin ein sehr luxuriöses Leben und pflegte Beziehungen zu den einflussreichsten Kreisen. Außer den obengenannten Villa, die er auf Kredit vollständig neu ausbaute, erwarb er auch das Schützenhaus-establisement und schenkte es der Stadt Götting. Ferner kaufte er vor längerer Zeit das Bad Altheide für 11 Millionen Mark sowie mehrere Rittergüter in der Provinz, ohne aber die Kaufsummen zu bezahlen. Die weiteren Ermittlungen in dieser aufföherregenden Angelegenheit sind im Gange. Feststehen scheint, daß es sich um den vorbestraften Buchhalter Rudolf Kornfeld aus Wärsch-Ostrow handelt.

*** Das Verhängnis eines dreifachen Mörders.** Drei Mordtaten, die vor Jahren in Mitteldeutschland an Forstbeamten begangen wurden, fanden jetzt durch das Geständnis des Mörders auf dem Sterbebett ihre Aufklärung. Der 68-jährige Invalide Schimmler in Aschersleben legte auf dem Sterbebett das Geständnis ab, daß er vor Jahren bei verschiedenen Wildereier drei Forstbeamte erschossen hat, in Schönwolda, Bitterode und Garzrode. Die Verbrechen konnten damals nicht aufgeklärt werden. In zwei Fällen bezeugte er auch die Stellen, an denen er die Leiche verscharrt hatte. Noch bevor er die dritte Stelle angeben konnte, starb er. Die Staatsanwaltschaft untersucht die Angelegenheit.

*** Mordmord auf der Landstraße.** Die Morderebestherrsrau Buchra aus Bugarten und deren Schwester wurden auf der Landstraße, als sie mit einem Wagen heimfuhren, zwischen Bugarten und Mahmsfelde, Kreis Friedeberg in der Neumark, von einem noch unbekannten Täter ermordet und um 1500 Mark beraubt.

*** Raubüberfall auf ein Bauerngut.** Ein freches Bandenband wurde Montag nacht in Dalsgow-Döberitz in der Mark Brandenburg verübt. In das Gehöf des Bauerngutsbesizers Karl Tzsche drang eine achtköpfige Bande Verbrecher ein, schlug den seit zwei Jahren durch Gicht gelähmten Besitzer und seine neben ihm am Lager liegende Frau nieder, hielt durch gezogene Revolver das Dienstmädchen in Schach und raubte bedeutende Beträge. Die Räuber erbeuteten an barem Gelde etwa 25 000 Mark und für rund 60 000 Mark Depotcheine, die für die Räuber aber wertlos sind, da die Bankdepots sofort gesperrt wurden. Nachdem sie se reiche Beute gemacht hatten, reinigten sie das Ehepaar vom Blut, gaben ihnen zu trinken und verließen das Gehöf. Die Polizei verfolgt eine bestimmte Spur.

*** Geheimnisvolles Verschwinden eines Holzänders.** Das geheimnisvolle Verschwinden des 35-jährigen Berliner Holzgroßhändlers Erich Hensel beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Hensel ist zuletzt im 20. Oktober d. J. gesehen worden. An diesem Tage traf er in einem Berliner Cafe mit einem Geschäftsfreund zusammen und wird seitdem vermisst. Der etwa 12 000 Mark und eine kostbare Brillantnadel bei sich hatte, wird ein Verbrechen vermutet.

*** Ein neuer Anschlag der Harzer Räuberbande.** Aus Clausthal i. H. wird gemeldet: Am letzten Sonntag wurde auf die Villa des Geh. Reg.-Rates Ehring ein Anschlag verübt. Durch ein Gangenfenster wurden Handgranaten in das Haus geworfen. Von den Hausbewohnern ist niemand verletzt. Die Täter entkamen.

*** Ehemalige Freikorpsangehörige als Räuber.** In dem Dorfe Moorhausen im Oldenburgischen überfielen vor einigen Tagen drei unbekannte Männer die Bauernfamilie Herdes. Unter Drohungen mit geladenen Revolvern forderten sie die Herausgabe des Bargeldes. Da es in der Nacht war, ließ sich der Hofbesitzer einschüchtern und handigte das vorhandene Geld, umherend 400 Mk., den Räubern aus, die unbedacht entkamen. Jetzt ist es der Gendarmerie gelungen, die Täter zu ermitteln und sie in Haft zu nehmen. Es handelt sich um drei Angehörige des ehemaligen Freikorps Schulz, die nach ihrer Entlassung die oldenburgischen Dörfer unsicher machten und verschiedene Einbrüche auf dem Kirchhof haben. In ihrem Besitz wurden mehrere Waffen sowie reichliche Munition und eine große Anzahl Handgranaten aufgefunden.

*** Der Spielstein.** Die Sage nach nicht nur dem Wohlleben oder der Leichtigkeit entspringen, sondern im Gegenteil in der bittersten Not erfunden worden. Beispielsweise erzählt Herodot, daß das Brettspiel, als dessen Erfinder der Held des nachhomerischen Sagenkreises Palamedes angenommen wird, von den Ägyptern zurzeit einer großen Hungersnot erfunden worden sei, indem sie nun einen Tag etwas genossen, den anderen Tag aber um die bittere Not zu vergessen, beim Brettspiel zugebracht hätten. So viel ist gewiß, daß die Brettspiele vom Orient stammen, während man in der Nähe eine Beziehung auf das Babylonische erblickt und deshalb annimmt, daß sie ägyptischen Ursprungs sei. Den Griechen und Römern waren — nur unter anderen Namen — oft alle jetzt gebräuchlichen Brettspiele bekannt. Das Spiel „Stadt“ der Griechen scheint mit unserem Schach und Damepiel einige Ähnlichkeit gehabt zu haben. Die einzelnen Felder der Spieltafel hießen wieder „Städte“, und es kam darauf an, die Steine des Gegners festzusetzen. Der Stein, der zwischen zwei feindlichen Steinen zu stehen kam, wurde geschlagen, genau so wie bei dem uns bekannten Spiel. Die Römer spielten eine Art Belagerungsspiel, das unserem Schach sehr ähnlich ist. Mit der Verbreitung römischer Kultur über das ganze westliche Europa sind dann alle diese Spiele zu den romanischen und germanischen Völkern gekommen.

*** 104 Mark Tagelohn — dann Streik!** Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Altona erfährt, sind im Altonaer Fischereihafen die Schauerleute in den Ausstand getreten, weil sie nicht mehr Massen-Heringe wie bisher umsonst mitnehmen konnten. Sie hatten dem Blatt zufolge damit einen schmerzhaften Handel betrieben. Zur Entschädigung verlangten sie einer Stundenlohn zu schlag von 20 Mark und ließen sich mit Mühe und Not bereeden, bis auf 6,50 Mark pro Stunde nachzulassen, so daß sie einen Tagelohn von 104 Mark beziehen. Da es aber nicht so weiter gehen kann, sind die Schauerleute nunmehr in den Ausstand getreten.

*** Ein Anschlag auf eine Gasfernleitung.** Die zwei Kilometer lange Gasleitung von Bismarckhütte nach Kleophas-Grube ist ausgebrannt. 32 000 Kubikmeter Gas sind ein Raub der Flammen geworden. Es wird Brandstiftung angenommen, da das Hauptrohr an verschiedenen Stellen durchgefräst war.

*** Die Spandauer Attentäter in Villa festgenommen.** Die beiden Reichswehrsoldaten Adolf Grünke und Hermann Krennke, die einen Handgranatenanschlag auf einen Spandauer Mischändler verübt hatten und daraufhin nach Litauen flüchten wollten, sind auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei bei ihrer Ankunft in Litva verhaftet worden. Beide sind geblieben, den Mordanschlag auf den Mischändler in Spandau verübt zu haben und geben an, daß drei weitere Kameraden, deren Festnahme inzwischen ebenfalls erfolgt ist, an der Tat beteiligt seien.

Kleine Nachrichten.

* Das Stadttheater in Temesvár (Ungarn) ist abgebrannt: bei den Löscharbeiten erlitten zehn Feuerwehrmänner schwere Verletzungen.

* Mit Rücksicht auf den schädlichen Frost hat die ungarische Regierung angeordnet, daß durch vier Tage hindurch auf den Eisenbahnen ausschließlich Holz und Kohle befördert werden darf.

* Das Frankfurter Lebensmittelland hat ein Defizit von rund 40 Millionen, das hauptsächlich durch Anläufe von Reis in der Schweiz entstanden ist.

* In der gesamten chemischen Industrie Sachsens ist ein Streik infolge Lohnforderungen bevorstehend. Die Arbeiter haben den Schloßbrand abgelehnt.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 11. Nov. Am Sonntag Morgen fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Sitzung des Reichskabinetts statt, an der Minister Seevering teilnahm und in der er der Reichsregierung einen Bericht über die öffentliche Lage und seine Ansicht über die zu ergreifenden Maßnahmen mitteilte. Der Minister wiederholte bei dieser Gelegenheit den von ihm bereits am Samstag dem Kabinett gemachten Vorschlag, schleunigst ein Gesetz zu erlassen, das den Streik in lebenswichtigen Betrieben so erschwert, daß nicht jeder syndikalistische Treiber tausende von Arbeitern in den Streik hineintreiben kann. Als Folge dieses Vorschlages ist offenbar der Streikerlaß des Reichspräsidenten anzusehen.

TU Berlin, 11. Nov. Auf Grund des Aufrufes des Berliner Magistrats, nachdem am heutigen Tage um 2 Uhr nachmittags die streikenden Arbeiter in den Berliner Elektrizitätswerken ihre Arbeit wieder aufnehmen sollen, wird die „Technische Nothilfe“ heute in erhöhter Alarmbereitschaft treten. Die Mitglieder der „Technischen Nothilfe“ sind aufgefordert worden, sich zur Mittagsstunde an bestimmten Treffpunkten einzufinden.

TU Berlin, 11. Nov. Gestern ereigneten sich infolge des Streiks in mehreren Teilen der Stadt Unruhen und Zusammenkünfte. So wurde in den Elektrizitätswerken der Firma Bergmann nachmittags zwangsweise die Stilllegung der Betriebe durchgeführt. In den Rosenthal-Reinholdsdorfer Werken erschienen gestern 500 Arbeitslose und zwangen die gesamte Belegschaft zur sofortigen Niederlegung der Arbeit. Die Menge drohte, bei etwaigem Widerstand die gesamten Werke zu zerstören. Da kein polizeilicher Schutz vorhanden war, mußten die Arbeiter wohl oder übel den Betrieb verlassen, um Sabotageakte zu verhindern. Eine Schaar Arbeitsloser drang in die A. E. G.-Betriebe in der Ackerstraße ein und erzwang von den Arbeitern die Abhaltung der Wahl. Zu Hilfe gerufene Polizeimannschaften verjagten die Demonstranten und sprengten den neugebildeten revolutionären Arbeiterrat, daselbst geschah im Weissenfeer Gaswerk, wogegen die kommunistische Agitation in den Weissenfeer Elektrizitätswerken mißlang. In Tegel wurden sämtliche Fabriken stillgelegt. Dagegen haben sich die Unternehmer anderer Betriebe zur Wehr gesetzt und haben Aussperrungen vorgenommen, so in Spandau, im Kabelwerk Oberhönoweide, in der Knorr-Bremse, in den Autogewerken, sowie bei Hartung in Lichtenberg. Die Gaswerke Charlottenburg wurden nach tumultuösen Vorgängen von der dortigen Sicherheitspolizei unter persönlicher Führung des Polizeipräsidenten in Aktion besetzt.

TU Berlin, 11. Nov. In einer Versammlung des Hausa-Bundes teilte gestern der Obermeister der Konditorei-Innung mit, daß am 15. November die Verordnung über das Kuchenbrotverbot fallen würde und daß dafür eine mildere in Kraft treten würde. In der neuen Verordnung werden 50% Mehl erlaubt, jedoch soll Butter nicht verwendet werden. Dafür sind gestattet Rapsfette, Margarine usw. und Kondensierte Milch.

TU Berlin, 11. Nov. Auf den Gewässern des Dortmund-Emskanals ist ein Streik der Kanalschiffer ausgebrochen. Infolgedessen liegen allein in dem Hafen Bergeshövede bei Tecklenburg 150 Schiffe still. Der Reichswasserschutz und die technische Nothilfe sind bereits eingesetzt worden. Die Ordnung wurde bisher nicht gestört. Der preussische Handelsminister hat zur Zeit mit den Beteiligten Einigungsverhandlungen eingeleitet.

TU Berlin, 11. Nov. Durch einen Teil der Presse geht die Nachricht, daß in Regierungskreisen der Gedanke erörtert werde, vom 1. April 1920 ab die Zwangswirtschaft für Milch aufzuheben. Wie die „P. B. N.“ von zuständiger Stelle erfahren, ist diese Nachricht falsch.

TU Prag, 11. Nov. Der Außenminister Dr. Benesch erklärte im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, in Deutschland drohe ein erfolgreicher Putsch von rechts. Nach ihm zugegangenen Nachrichten werde man in den nächsten Tagen näheres hören.

Bekanntmachung.

Unterm 19. Oktober 1920 ist von dem Staatskommissar für Volksernährung eine Verordnung über die Einführung einer besonderen Erlaubnis für den Ankauf von Kartoffeln in Preußen ergangen. Händler werden darauf aufmerksam gemacht und können die näheren Bestimmungen im Wirtschaftsamt eingesehen werden.

Geisenheim, den 12. November 1920.

Der Magistrat.

Prima
Ausland-Kristallzucker
in Paketen zu 25 Pfund sind abzugeben.
J. Fuhrmann,
Bingen a. Rh., Pfarrhofsstr. 14.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 508.
empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel
wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassstalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Englische Decken

in verschiedenen Farben

zur Anfertigung von **Ulster, Damenmäntel, Sport- und Säuglings-Anzügen** u. s. w.

Verkaufsstelle:

Peter Klee, Schneidermeister, Geisenheim
Weinstraße 5.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: **Winkler Landstrasse 53b**
Fernsprech-Anschluss Nr. 123

Neu erschienen!

Der Rheingau in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Fertige Herren-Kleidung

Ulster, Jagd- und Paletots
Mk. 200.—, 450.—, 675.—, 900.—, 1300.—
Sacco- und Gilet-Anzüge
Mk. 500.—, 800.—, 1200.—, 1500.—, 1800.—
Hosen Mk. 38.—, 85.—, 150.—, 300.—, 450.—
Toppen Mk. 65.—, 85.—, 140.—, 300.—, 475.—

Spezialität:

Echte Münchener Loden-Kleidung
für Damen und Herren.

Büchsen, Sportstrümpfe, Dickschwamm.

Continental-Gummimäntel für Damen und Herren.

Bruno Wandt, WIESBADEN
Kirchgasse 56.

Opern- und Schauspiel-Haus

Direktion: Haas-Graef.

Sonntag den 14. November, abends 8 Uhr
im „Deutschen Haus“ zu Geisenheim

„Die Försterkrone“

Operette in 3 Akten v. B. Buchbinder. Musik v. G. Jarno.
Musikalische Leitung: Heins Meletta. Regie: Dir. Max Haas.

Eintrittspreise:

I. Platz (num.) Mk. 6.—. II. Platz (num.) Mk. 4.50. Galerie Mk. 3.50.

Vorverkauf: in Geisenheim in den Buchhandlungen P. Hillen und W. A. Ostern, Cigarrengeschäft Mart. Simon, Friseur Jean Reutershan, sowie eine Stunde vor Beginn an der Kasse.

Institut St. Joseph.

Mittwoch den 17. November und
Sonntag den 21. November 1920
um 4³⁰ Uhr (Ortszeit)

im Saale des kath. Vereinshauses „Germania“

Vorstellung der Schülerinnen des Ursulinen-Instituts.

PROGRAMM.

- I. Musikalisch-deklamatorischer Teil
„O selige Kinderzeit“
- II. „Ein neuer Engel“, Schauspiel
von Ludwig Nüdling.

Eintrittskarten Mk. 5.— und Mk. 3.—

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen

für den privaten Bedarf,

für Handel, Industrie und

Gewerbe, sowie Behörden

Alle Sorten

Tafel- und Wirtschafts-Obst

fortwährend zu haben bei

Franz Rückert

Winklerlandstr. 47.

Elektrisches Installations- Geschäft

für Licht und Kraftanlagen

Wilh. Kublmann

Hospitalstrasse 11.

Besuchskarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei A. Jander.

Säugling und Kleinkind

seine Entwicklung, Ernährung und Pflege, die ihm drohen
den Gesundheitsstörungen und deren Verhütung von
Dr. med. H. Sachs, Kinderarzt, Darmstadt.

Preis Mk. 5.— einschl. Fenerungszuschlag

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie direkt vom
Verlag durch Einzahlung obigen Betrages auf Postcheck-
konto Nr. 26 134 „Litera“-Verlag, Darmstadt, 83.

Heirat.

Jünger Landwirtsohn
mit Vermögen sucht mit
einer jungen Kriegswitwe
mit eigenem Haushalt zwecks
Heirat bekannt zu werden.
Off. an **Paul Nachwirth,**
Bingen Rh., Hofengasse 2.

Möbl. Zimmer

per 1. Dez. in der Näh. der
Lehranstalt gesucht. Off. u.
D 100 an die Geschäftsstelle.

Sekt, Cognac- Bordeaux- Weinflaschen

und
Literflaschen
kauft laufend zu den höchsten
Tagespreisen
Kirchstr. 25.

Alle Sorten und jedes Quantum Winter-, Tafel- und Wirtschafts- Äpfel

sowie

Birnen

kauft zu den höchsten Preisen.
Frau B. Rothhaupt Wwe.
Marktstraße 4.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

stenographen-Berein
„Gabelsberger“
Geisenheim a. Rh.
Freitag den 12. November,
7 1/2 Uhr abends
**Anfänger-
Übungsstunde.**
Der Vorstand.

Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.
Heute Donnerstag Abend
8 Uhr:
Vorstandssitzung
in der Turnhalle.
Der 2. Vorsitzende.

Gesangverein
**Lieder-
kranz.**
Donnerstag Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
Vollständiges und pünktliches
Erscheinen erforderlich.
Der Dirigent.

Kath. Kirchenchor
Geisenheim a. Rh.
Freitag Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
für alle Stimmen.
Um pünktliches und voll-
ständiges Erscheinen bittet
Der Vorstand.

F. I. Geisenheimer
Fußballverein 1908
Freitag Abend 8 Uhr:
Spielestunde
im Vereinslokal. — Die 1.
Elf spielt am Sonntag gegen
Worms in schwarz und die
2. in weißen Trikots. — Ab-
fahrt der 1. und 2. Mann-
schaft von Kempten u. Worms
Sonntag vorm. 6.56 Uhr.
Die 2. Jugendmannschaft
hat die Trikots mitzubringen.
Die Versammlung findet
am Dienstag, 16. Nov. statt.
Der Vorstand.

Frisch von der See!

Prima Schellfisch la. Cablian

empfehlen
Warenhaus Kittel.

Eingetroffen:

4 Meter lange
Pflöcke,
Baumstüben,
Wasserpflöcke,
Bretter u. Latten.
E. Dillmann.



Spare Geld

denn spiegelblank werden
auch ältere Tafel durch
Erdal mit wenig Bürsten-
strichen.

spare durch

Erdal

schwarz - gelb - braun - rotbraun
Alleinvertrieb: Werner & Mertz, Mainz